

Die Ankunft des türkischen Präsidenten in Kayseri wirkt wie eine Szene aus einem James-Bond-Film im Nahen Osten. Zwei Dutzend Männer mit Sturmgewehren stehen auf dem Dach seines heranrauschenden Wahlkampfbus und in den offenen Türen der schwarzen Kastenwagen, die den Konvoi begleiten. Recep Tayyip Erdogan weiß, wie man den Leuten eine gute Show bietet. Er steigt auf die Bühne und fängt an zu singen. Er kann es noch immer, die Massen begeistern. Allen voran die frommen Hausfrauen, die er in seinen Reden immer erwähnt: Sie buhen, wenn er die Opposition erwähnt. Sie heben die Hand zum Schwur, wenn er es so will. Für seine Anhänger ist Erdogan einer von ihnen. Er verkörpert ihren eigenen Aufstieg aus der Armut in die Mittelschicht. Den Triumph über eine arrogante säkulare Elite und ein Militär, das der religiös-konservativen Mehrheit einst den Zugang zur Macht verweigern wollte. Das ist freilich lange her. Selbst in Kayseri spürt man, dass Erdogans Zauber zu verblassen beginnt. Schon nach der Hälfte seiner Rede drängen die Ersten Richtung Ausgang. Es ist ihnen zu heiß, zu eng, die Kinder quengeln. Sie wollen nicht in den Stau kommen. Am Ende von Erdogans gut eineinhalbstündigem Auftritt ist der Platz schon zur Hälfte leer.

Nur drei Tage sind es noch, dann könnte die Ära Erdogan zu Ende sein. Sicher ist das nicht. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass dies passiert, ist am Donnerstag gestiegen. Der Präsidentschaftskandidat Muharrem Ince zog sich überraschend aus dem Rennen zurück. Das Duell zwischen dem Amtsinhaber, der die Türkei in den vergangenen zwanzig Jahren so stark verändert hat wie vor ihm nur der Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk, und seinem Herausforderer Kemal Kilicdaroglu, der verspricht, das Land auf den Weg der Demokratie zurückzuführen, könnte damit schon in der ersten Runde entschieden werden. Eine am Donnerstag veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Konda sieht Kilicdaroglu deutlich in Führung, aber unterhalb der Fünfzigprozentmarke. Inces Rückzug ist für die Opposition deshalb eine ausgesprochen gute Nachricht. Sie hatte befürchtet, dass Erdogan seine Kontrolle über den Staatsapparat nutzen könnte, um vor der zweiten Wahlrunde das Spielfeld noch weiter zu seinen Gunsten zu verändern. Seine Möglichkeiten sind allerdings begrenzt. Trotz aller autoritären Züge des türkischen Systems: Den Türken sind ihre Wahlen heilig. Die Legitimität des 69 Jahre alten Erdogan beruht auf seinen Erfolgen an der Urne. Mit Wahlbetrug im großen Stil rechnet deshalb kaum jemand.

Am Dienstag traf sich in Ankara die Diplomatenzene bei Wein und Häppchen zum Europatag. Ein letztes Zusammenkommen vor dem großen Stichtag. Die Stimmung war aufgekratzt. An den Stehtischen wurde die Frage diskutiert, in welcher Türkei man am Montag wohl aufwachen werde. Die Prognosen lagen weit auseinander, alles wird für möglich gehalten. Einig ist man sich darüber: Sollte Erdogan die Wahl gewinnen, würde das die Opposition auf lange Sicht demoralisieren. So nah fühlen sich ihre Anhänger dem Sieg, dass eine Niederlage ihr Vertrauen in das Institut Wahlen erschüttern würde. Die Türkei-Fachfrau Gönül Tol vom Middle East Institute in Washington geht davon aus, dass ein wiedergewählter Präsident die Repressionen verschärfen würde, „weil er es mit einem instabileren Land zu tun haben wird“. Sollte Erdogan hingegen verlieren, werde er nicht wie der abgewählte brasilianische Präsident Bolsonaro außer Landes fliehen. Er werde bleiben und darauf warten, dass die neue Regierung scheitert. „Was durchaus möglich ist.“

Idris Sahin hat ein anderes Szenario vor Augen. „Sie werden sehen, dass die AK-Partei sich nach dem Machtwechsel am 14. Mai in kürzester Zeit auflösen wird.“ Sahin war früher Abgeordneter und Funktionär von Erdogans Partei. Vor



Sind 20 Jahre genug?: Erdogan mit seiner Frau Emine auf einer Wahlkampfveranstaltung am 7. Mai in Istanbul Foto Getty

Der angezählte Autokrat

Am Sonntag könnte die Ära Erdogan zu Ende gehen. Einst als Hoffnungsträger gestartet, korrumpierte ihn die Macht.

Von Friederike Böge, Ankara

vier Jahren trat er aus und gründete mit anderen Abtrünnigen die Deva-Partei, die jetzt dem Oppositionslager angehört. Sahin empfängt in seinem edlen Anwaltsbüro in Ankara. Neben dem Schreibtisch steht die türkische Nationalfahne. Im Fernsehen läuft Fox TV, eines der wenigen verbliebenen regierungskritischen Medien. Der einzige Grund, warum Erdogan noch immer so stark erscheine, seien die Ressourcen, die er unter seinen Günstlingen verteilen könne, sagt Sahin. „Die Entwicklungen nach dem 14. Mai werden den wahren Zustand der AK-Partei enthüllen. Es gibt keine AK-Partei mehr. Erdogan ist die Partei. Erdogan ist der Staat.“

Wie viele andere sah Sahin in Erdogan einen Hoffnungsträger, als dieser 2003

Ministerpräsident wurde. Auch im Westen wurde er als muslimischer Demokrat gepriesen. Der damalige Bundespräsident Christian Wulff sagte 2010 in einer Rede vor dem türkischen Parlament: „Die Türkei hat die große Chance zu zeigen, dass Islam und Demokratie, Islam und Rechtsstaat, Islam und Pluralismus kein Widerspruch sind.“ Erdogan versprach, „die europäischen Werte zu Ankaras Werten zu machen“, und erreichte, dass 2005 die Gespräche über einen Beitritt zur Europäischen Union aufgenommen wurden. Die verlangten Reformen halfen ihm, die Macht des Militärs einzuziehen. Bis heute scheiden sich die Geister an der Frage, ob Erdogan den Beitrittsprozess nur benutzen wollte, um seine Gegner zu schwächen und seine Macht zu konsolidieren.

Oder ob umgekehrt erst die Zurückweisung durch die EU dazu führte, dass er einen anderen Kurs einschlug.

Seine ersten zehn Jahre brachten viele positive Veränderungen. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg fast um das Vierfache. Der Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung verdoppelte sich auf 40 Prozent. Erdogan gewährte den Kurden mehr kulturelle Rechte und setzte einen Friedensprozess mit der PKK in Gang. Er schaffte das langjährige Kopftuchverbot an den Universitäten und im öffentlichen Dienst ab und ermöglichte der religiös-konservativen Mehrheit damit mehr gesellschaftliche Teilhabe.

Der Kippunkt kam 2013 mit der Niederschlagung der Gezi-Protteste. Von da an verstärkte Erdogan die Repression. Einen

Korruptionsskandal, der bis in sein Umfeld reichte, kehrte er 2013 unter den Teppich. Zwei Jahre später verlor die AKP erstmals die Mehrheit im Parlament. Der Friedensprozess scheiterte, es kam zu Kämpfen zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK in Diyarbakir und anderen Städten. Erdogan ging ein Bündnis mit der rechtsextremen MHP ein, die in der Kurdenfrage eine militante Position vertritt. Das kostete ihn die Unterstützung vieler Kurden, was nun bei der Präsidentschaftswahl ausschlaggebend sein könnte.

Nach dem Putschversuch von 2016 nahm Erdogans Herrschaftsstil zunehmend autokratische Züge an. Er verhängte den Ausnahmezustand, ließ Zehntausende festnehmen und mehr als 130.000 Staatsbedienstete entlassen, darunter nicht genehme Richter und Staatsanwälte. Er brachte mehr als 90 Prozent der Medien unter seine Kontrolle. 2018, inzwischen Präsident, führte er über ein Verfassungsreferendum das Präsidialsystem ein und entmachtete das Parlament. Für Sahin und seine Mitstreiter war das der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. „Gerade in einer Region so nah am Nahen Osten, in der Teile der Bevölkerung die Demokratie nicht vollends verinnerlicht haben, müssen Amtszeit und Kompetenzen des Regierungschefs strikt begrenzt werden.“ Wie er sich den Wandel seines einzigen Parteifreunds erklärt? „Macht korrumpiert, und absolute Macht führt erst recht in die Irre.“

Die Konzentration der Macht in Erdogans Händen wirkte sich auch auf die Wirtschaft aus. Nach der Präsidentschaftswahl 2018 machte Erdogan seinen Schwiegersohn Berat Albayrak zum Chef der Zentralbank. Dessen Vorgänger, der angesehene Ökonom Mehmet Simsek, hatte sich Erdogans Einflussversuchen widersetzt. Danach hat der Präsident noch etliche Zentralbankchefs verschlüsselt, die seinen Forderungen nach niedrigen Leitzinsen nicht nachkommen wollten. Erdogan betrachtet niedrige Zinsen als Gebot des Islams und Ausdruck der Unabhängigkeit von der westlichen „Zinslobby“. Erreicht hat er damit ein hohes Wirtschaftswachstum, aber einen Verfall der Kaufkraft. Teile der neuen Mittelschicht sind sozial wieder abgestiegen. Die Armutquote hat sich seit 2018 fast verdoppelt.

Wie sich das niederschlägt, zeigen exemplarisch die Aussagen einer älteren Frau, die in einem anatolischen Dorf lebt. Es handelt sich um Audionachrichten, die sie ihrer Cousine in Deutschland geschickt hat. Im privaten Gespräch nimmt sie kein Blatt vor den Mund. „Ich werde ihn nicht mehr wählen. Wir haben so gelitten“, sagt sie. Das Kilo Hackfleisch koste jetzt 350 Lira (16 Euro), ein Sack Dünger 850 Lira. „Die Leute können nicht aussäen, sie können nicht ernten.“ Die Frau ist wütend über ihre Nachbarn im Dorf, die noch immer zu Erdogan halten. Seine Wähler seien ungebildet, „Idioten“, schäumt sie. „Sie sind hungrig, sie sind verschuldet. Aber sie rufen immer noch nach Tayyip.“ Die Frau wirft dem Präsidenten vor, den Islam für seine Zwecke missbraucht zu haben. „Als Tayyip kam, gab es noch Religion. Er hat sie zerstört.“ Die Vermischung von Politik und Religion habe vor allem jüngere Leute vom Islam entfremdet. „Er ist schlimmer als die Christen und die Juden. Die haben wenigstens Barmherzigkeit.“

Studien belegen, dass die Religiosität in der Türkei in den vergangenen Jahren abgenommen hat, obwohl – oder gerade weil – Erdogan den Bau von Moscheen vorantreibt und das Budget der Religionsbehörde Diyanet massiv aufstockte. Im Haushaltsentwurf für 2023 waren ungeachtet mehr als 1,6 Milliarden Euro vorgesehen. Er beauftragte sie, eine „fromme Generation“ zu erziehen, die „in der einen Hand den Computer, in der anderen den Koran trägt“.

Auch außenpolitisch wandte sich Erdogan zunehmend vom Westen ab, nachdem die Annäherung an die EU stecken geblieben war. Ein Ereignis, das in

Europa längst vergessen ist, prägt bis heute Erdogans Blick auf Brüssel: das Scheitern des Annan-Plans, mit dem 2004 die beiden zyprischen Teilstaaten zu einer Konföderation verbunden werden sollten. Erdogan hatte erhebliches politisches Kapital in den Erfolg des Plans investiert, der dann von den griechischen Zypriern abgelehnt wurde. Eine Woche später trat Zypern der EU bei. Danach nutzte das Land seine neue Stellung, um die türkischen Ambitionen zu blockieren.

Stattdessen richtete Erdogan das Land stärker in Richtung Zentralasien, Balkan und die arabische Welt aus. Die Arabellion versuchte er zu nutzen, um sich als Führer einer panislamischen Welt in Stellung zu bringen. Bis dahin war er mit dem syrischen Machthaber Baschar al-Assad noch so eng gewesen, dass ihre Familien gemeinsam Urlaub machten. Nun forderte er vergeblich dessen Sturz. Auch in Ägypten hatte er mit dem Muslimbruder Muhammad Mursi auf den falschen Verbündeten gesetzt. In einer Kehrtwende setzte Erdogan zunehmend auf das Militär, um der Türkei geopolitisch Einfluss zu verschaffen und sich innenpolitisch als starker Führer zu inszenieren. Er schickte Soldaten nach Syrien und Libyen und Militärberater nach Aserbaidschan. Zum Symbol dieses neuen Selbstverständnisses wurde die Rüstungsindustrie, deren Exporte in den vergangenen 20 Jahren um das Zehnfache gestiegen sind. Besonders stolz ist die Türkei auf die Bayraktar-Drohne, die zum Beispiel von der Ukraine im Kampf gegen die russischen Invasoren eingesetzt wird. Treibende Kraft hinter dem Drohnenprojekt ist Erdogans Schwiegersohn Selcuk Bayraktar, dessen Familie ein Rüstungsunternehmen gehört. Ihm werden Ambitionen auf eine Nachfolge Erdogans nachgesagt.

Der Mythos Erdogan ist ohne seine Jugend in Kasimpasa nicht zu verstehen. Kasimpasa war damals noch ein ärmliches Stadtviertel von Istanbul, in dem sich Arbeitsmigranten von der Schwarzmeerküste ansiedelten. So wie Erdogan Familie, die aus Rize kam. Von hier aus stieg er auf, erst als Fußballspieler, dann als Jungpolitiker in der islamistischen Wohlfahrtspartei seines Mentors Necmettin Erbakan. 1994 wurde Erdogan Oberbürgermeister von Istanbul. Aus dem Schicksal Erbakans zog er die Lehre, seine islamistischen Überzeugungen herunterzuspielen. Erbakan war 1996 bis 1997 Ministerpräsident der Türkei, bevor er von den Kemalisten im Militär und im Verfassungsgericht zum Rücktritt gezwungen und aus der Politik verbannt wurde. Im gleichen Jahr wurde Erdogan wegen der Verbreitung eines Gedichts mit der Zeile „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette sind unsere Bajonette“ inhaftiert und mit einem Politikverbot belegt, das später aufgehoben wurde. Als Oberbürgermeister wurde der Arbeiterhohn aus der Provinz zunächst von den säkularen Eliten verspottet. Das lieferte den Stoff für den Opfermythos, mit dem Erdogan bis heute seine Kernwählerschaft an sich bindet, die derlei Diskriminierung genauso erlebt hat.

Als Chronist dieser Zeit gelten Erdogans damaliger Friseur Safetin Konya und dessen damaliger Azubi Ahmed Güler. Über die Jahre haben sie unzählige Interviews über den jungen Erdogan gegeben mit Sätzen wie: „Einen wie ihn gibt es nur alle tausend Jahre.“ Sie beschreiben ihn als einen, der seine Wurzeln nicht vergessen habe. „Er weiß, wenn in Kasimpasa jemand heiratet oder gestorben ist.“ Erdogan habe ihn auf die Hochzeit seines Sohnes eingeladen, berichtet Güler. Die Wachen am Eingang hätten ihn aber nicht eingelassen.

Friseur Konya beschreibt die Lage so, wie man es aus dem Staatsfernsehen kennt. All die inhaftierten Journalisten seien in Wirklichkeit Anhänger des Predigers Güler, der für den Putschversuch von 2016 verantwortlich gemacht wird. Der Wirtschaft gehe es prächtig. Ein Eiferer ist er jedoch nicht. Auf die Frage, was geschieht, wenn die Opposition gewinnt, sagt Konya nüchtern: „Dann werden sie Erdogans Arbeit fortsetzen.“

6821 Leichname zeugen von Vernichtungswillen

Ein Rechtsmediziner ordnet vor dem OLG Frankfurt Fotos getöteter Syrer ein – es sind Dokumente des Grauens / Von Eva Schläfer, Frankfurt

Es ist Tag 72 im Prozess gegen den aus Syrien stammenden Arzt Alaa M. vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt – und er geht den Anwesenden im Saal II des Gerichtsgebäudes E unter die Haut. Von 10.45 Uhr an blicken sie über Stunden in die Gesichter und auf die Körper unzähliger Leichname. Die auf eine Leinwand projizierten Bilder sind Teil eines Gutachtens, das im Auftrag der Bundesanwaltschaft erstellt wurde.

Alaa M., inzwischen 38 Jahre alt, ist wegen Mordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Oberstaatsanwältin Anna Zabeck wirft ihm vor, in den Jahren 2011 und 2012 in Militärkrankenhäusern in Homs und Damaskus sowie in einem Gefängnis in Homs in 18 Fällen Menschen gefoltert und einen dieser Menschen anschließend getötet zu haben. Es ist erst das zweite Mal, dass sich jemand in Deutschland für die Folterungen des Assad-Regimes verantworten muss. Nach dem sogenannten Weltrechtsprinzip ist die Bundesanwaltschaft verantwortlich für die Verfolgung von Kriegsverbrechen, selbst wenn sie nicht in Deutschland begangen wurden und weder Täter noch Opfer Deutsche sind.

Das Verfahren in Frankfurt läuft seit Januar 2022. Der Staatsschutzsenat unter dem Vorsitz von Christoph Koller versucht darin, die Taten nachzuvollziehen, die M. zur Last gelegt werden. In den vergangenen Monaten haben Folteropfer und ehemalige Kollegen von M. geschildert, was sie mit dem Angeklagten erlebt haben wollen. Ein Mann, der selbst misshandelt wurde und dessen mit ihm inhaftierter und an Epilepsie leidender Bruder im Gefängnis der Abteilung 261 in Homs von dem herbeigerufenen Arzt getreten und geschlagen worden sein soll und dort verstarb, musste während seiner mehrere Tage umfassenden Aussage immer wieder Pausen einlegen, brauchte Zeit, sich zu sammeln. Ende März berichtete ein ehemaliger Kollege davon, wie M., damals in der Facharztausbildung zum Orthopäden und Unfallchirurgen, einem Patienten eine brennbare Flüssigkeit über das Gesichtsteil schüttete und es angezündet haben soll. Danach habe er damit geprahlt, eine neue Foltermethode erfunden zu haben. Zugegen war der Zeuge dabei nicht, jedoch behandelte er den Patienten. Ebenso wusste er nur vom Hörensagen, M. habe bei einem weiteren

Festgenommenen die Korrektur einer Knochenfraktur ohne Narkose begonnen. Der Angeklagte bestreitet alle Vorwürfe.

Die in Frankfurt präsentierten Fotos getöteter Syrer sind Teil der sogenannten Caesar-Files. Dabei handelt es sich um knapp 27.000 Fotos, aufgenommen in mehreren Militärkrankenhäusern in Damaskus, die 6820 männliche Leichen und eine weibliche zeigen. „Caesar“ ist der Deckname eines Fotografen, der bereits vor Beginn der Proteste für die syrische Militärpolizei arbeitete. Mit Ausbruch der Unruhen und der raschen Gewalteskalation durch das Assad-Regime musste er von Mai 2011 an getötete Gefangene dokumentieren, die häufig massive Folterspuren aufwiesen und ausgehungert waren. Caesar war entsetzt, wollte desertieren. Ein Freund mit Kontakten zur syrischen Protestbewegung überzeugte ihn, weiterzumachen, die Fotos heimlich zu kopieren und zu sichern. 2013 flüchtete Caesar samt der Daten schließlich doch; die Fotos wurden veröffentlicht. BKA und Bundesanwaltschaft erhielten sie im Februar 2016 von der Liechtensteiner Justiz.

Einen Bruchteil der Aufnahmen stellt am Donnerstag der vom Senat geladene

Sachverständige Markus Rothschild vor. Seit 34 Jahren ist er an rechtsmedizinischen universitären Einrichtungen tätig, seit 2002 als Direktor des Instituts für Rechtsmedizin am Universitätsklinikum Köln. Im Auftrag der Bundesanwaltschaft, die seit August 2011 ein Strukturermittlungsverfahren zum syrischen Bürgerkrieg durchführt, kategorisierte er die Caesar-Files. In Frankfurt präsentiert Rothschild der Öffentlichkeit zum zweiten Mal seine Erkenntnisse aus den Fotos, die der grundsätzlichen Beweissicherung dienen. Er ordnet somit keine Taten ein, die dezidiert von Alaa M. begangen worden sein sollen. Das erste Mal führte er die Auswertung der Caesar-Files im November 2020 in das Koblenzer Strafverfahren gegen zwei Geheimdienstmitarbeiter des Assad-Regimes ein.

Rothschild beginnt mit einer Zusammenfassung aller Bilder. Er und eine Oberärztin des Instituts betrachteten sie nach Aspekten wie dem Allgemeinzustand des Körpers, Hinweise auf Verletzungen und Misshandlungen oder die vermutliche Todesursache. Limitierend sei dabei gewesen, dass es meist nur drei bis vier Fotos eines Leichnams gab, in

Rückenlage aufgenommen. Etwa die Hälfte war unbekleidet. Er beginnt mit Bildern, die er „Eingangsfotos“ nennt. Caesar oder einer seiner Kollegen nahm dabei zunächst die an einem Ort gesammelten Leichen auf. Im Staub liegen nackte Männer mit verdrehten Armen oder Beinen, mit großen Hämatomen oder anderen Wunden. Bei vielen heben sich die Rippen und Beckenknochen deutlich ab.

Tatsächlich ist beim Versuch der Kölner Ärzte, die Todesursache anhand der Detailfotos von Köpfen und Körpern zu bewerten, die häufigste die des Verhungerns. Aber auch Ersticken, Verbluten oder Schädel-Hirn-Traumata konnten sie feststellen beziehungsweise annehmen. Viele Leichname zeigen aber auch keine erkennbaren Todesursachen; man sieht mutmaßlich unverletzte, normal genährte junge Männer. Rothschild erklärt, dass ein Tod durch Strömewirkung, durch Vergiftungen oder inneres Verbluten nicht zu erkennen ist.

Im zweiten und dritten Teil des Gutachtens geht der Sachverständige auf Zeugenaussagen ein, nicht jene aus dem aktuellen Prozess in Frankfurt, sondern

solche, die dem BKA vorliegen, und gleicht sie anhand der Bilder auf ihre Plausibilität ab. Fast alle Angaben, die die unterschiedlichen Formen von Gewalt und Folter in den verschiedenen staatlichen Einrichtungen beschreiben – Schläge mit und ohne Hilfsmittel, Schläge auf die Füße, erzwungenes Stehen über Stunden, Verbrennungen –, beurteilt er anhand der Bilder als plausibel. Auch für das immer wieder geschilderte „Sterbenlassen“ von Menschen, gestapelt in der Ecke einer Zelle, präsentiert Rothschild Belege. Sie sind besonders verstörend und erinnern an die Aufnahmen aus Konzentrationslagern. Auch die Zeugenaussagen zu den Haftbedingungen – es mangelte an Platz, Hygiene, Essen und Trinken, medizinischer Versorgung – werden von den Bildern belegt. Abschließend sagt Rothschild: „Viele Personen auf den Fotos sind an den Misshandlungen und Vernachlässigungen gestorben.“ In einem Interview im Jahr 2021 äußerte der Rechtsmediziner, das Aufbereiten der Bilder sei für Geist und Seele eine echte Herausforderung gewesen. Nach fünf Stunden im Gerichtssaal scheint diese Aussage untertrieben.